Einzelnummer 10 Pf.

Arbeiter-Stimme

Tageszeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) Bezirk Ostsachsen

Erscheint jeden Werktag nachmittag ★ Bezugspreis halbmonatlich frei ins Haus 1 Mark (monatlich 2 Mark); durch die Post bezogen 1 Mark (monatlich 2 Mark) ohne Zustellungsgebühr einschließlich der Beilagen „Der kommunistische Gesellschafter", „Der kommunistische Genossenschafter", „Die Kommunistin", jeweils der illustrierten Beilage „Der rote Stern" ★ Verlag und Geschäftsstelle: Dresden-A., Güterbahnhofstraße 3, I. Fernsprecher: 17 355. ★ Redaktion Dresden-A., Güterbahnhofstraße 3, I. Sprechstunden der Redaktion: Täglich nachmittags von 5—6 Uhr. Sonnabends von 4—6 Uhr ★ Postscheckkonto Nr. 12 253 Dresden, Emil Schlegel ★ Anzeigenpreis: 20 Goldpfennige für die viermal gespaltene Nonpareillezeile, 20 Goldpfennige für die Familienanzeigenzeile, 30 Goldpfennige für die Reklamezeile entsprechend an den vorgeschriebenen Zeichenumfang ★ Anzeigen tags vorher bis 4 Uhr nachmittags erbeten.

1. Jahrgang | Dresden, Montag den 17. August 1925 | Nummer 106

Stinnes verschenkt seine faulen Aktien

Der Schiedsspruch im Baugewerbe abgelehnt — Kampfstimmung bei den Dresdner Bauarbeitern

Unglaubliche Verhöhnung der Arbeiter

Berlin, 17. August. (Eig. Drahtbericht.) Edmund Stinnes, der aus dem Stinneskonzern ausgeschiedene Hausaktionär der Aga in Berlin-Lichtenberg (A.-G. für Autobedarf), hat am Freitag abend dem Aga-Betriebsrat einen Entschluß mitgeteilt, die Hälfte seines Aktienbesitzes der Aga-Arbeiterschaft geschenkweise zu übergeben. Die Welt braucht über dieses geplante, „wirklich großzügige Geschenk", wie der „Vorwärts" die Sache betitelt, nicht auf dem Kopf zu stehen, denn der Großindustrielle Edmund Stinnes ist **weder verrückt, noch Kommunist, noch** Sozialdemokrat, noch ein zweiter Abbé-Jena geworden. Die Situation des Edmund Stinnes und sein Manöver hat folgenden Charakter. Nach Ausscheidung des Edmund aus dem Stinneskonzern steht das seinerzeit gebildete Bankkonsortium im schärfsten Kampf mit ihm und verweigert ihm jeden Kredit; **das Konsortium möchte** wohl auch die Aktienmajorität der Aga schlucken. In der Erklärung des Edmund Stinnes heißt es darüber: „Die Führung des Bankkonsortiums steht auf dem Standpunkt, daß ihr die Aktiengesellschaft völlig gleich sei, und überläßt es der Aktiengesellschaft für Automobilbau, ihre Forderungen gegen Hugo Stinnes im Prozeßwege geltend zu machen. Damit kann man selbstverständlich keine Löhne bezahlen und 8—10 000 Arbeiter- und Angestelltenfamilien drohen der Arbeitslosigkeit anheimzufallen, trotzdem das Unternehmen fast voll und weit besser beschäftigt ist, als die überwältigende Mehrzahl der deutschen Unternehmungen gleicher und anderer Branchen."

Wir haben es also mit einem der im Zeitalter des monopolistisch-imperialistischen Kapitalismus typischen Fälle eines erbitterten Ringens zwischen Kapitalisten um die Verfügungsgewalt über Produktionsanlagen samt der dazugehörigen menschlichen Arbeitskraft zu tun. Im Gegensatz zu Kautskys Formel geht auf dieser kapitalistischen Entwicklungsstufe, auf der der Kapitalist nicht mehr Unternehmer, sondern nur Besitzer ist, der Konkurrenzkampf zwar in anderen Formen, aber in noch gesteigerter Schärfe weiter, ganz gemäß der marxistischen Formel: „Ein Kapitalist schlägt den anderen tot." Um von den Banken nicht totgeschlagen zu werden, macht Edmund Stinnes sein Manöver, dessen Zweck er selbst mit den Worten andeutet: „Ich hoffe, daß, nachdem nun eine Majorität (Aktienmajorität) meinerseits bei der Aktiengesellschaft für Automobilbau nicht mehr vorliegt, dieses Unternehmen die erforderliche Unterstützung erhält."

Hier liegt der Hase im Pfeffer. Edmund Stinnes will mit der Abgabe der Hälfte seiner Aktien **eine kapitalsfromme Werksgemeinschaft gründen, die ihm auf den Sprung helfen soll.** In seiner Not wiederholt er seines Vaters erfolgreiches Manöver von 1918 in kleinem Maßstabe; der alte Hugo Stinnes ging zu den Legionen, bot ihnen die Hälfte, oder vielmehr den Schein der Staatsmacht an und machte mit ihnen in **nationalem** Maßstabe die **Arbeitsgemeinschaft** als Lebensversicherung des Kapitals gegen die Revolution. Der junge Stinnes bietet die Hälfte der Aga-Aktien und macht im **Betriebsmaßstab** die **Werksgemeinschaft,** um sich vor dem Konkurs der Aga zu retten. Die Belegschaft der Aga soll ihm zuallererst als Sturmbock für die Erlangung von Krediten dienen. Zugleich soll dies „großzügige Geschenk" eine großzügige Geschäftsreklame darstellen.

Ueber die Stellungnahme des Aga-Betriebsrats liegt am Samstag abend noch keine endgültige Meldung vor. Der Betriebsrat ist sich bewußt, **daß hier Vorsicht am Platze ist.** In welcher Weise hier eine werksgemeinschaftliche und betriebsegoistische Lösung verhindert **und etwa eine für die gesamte Arbeiterklasse annehmbare Lösung gefunden werden kann, steht noch dahin. Da man es hier mit einem für das ganze arbeitende Deutschland lebenswichtigen Problem zu tun hat, schaut die ganze Arbeiterklasse auf die Belegschaft und den Betriebsrat der Aga.** Der Aga-Betriebsrat, einer von denen, die sich **voll und ganz hinter das kommunistische Aktionsprogamm gegen die Zolldiktatur gestellt und in diesem Sinne seinerzei einen Aufruf an das Proletariat gerichtet hat, ist entschlossen, nicht auf eigene Faust, sondern in Verbindung mit den gewerkschaftlichen und politischen Organisationen zu operieren.** Im Jahre 1925 ist nicht mehr anzunehmen, **daß eine Belegschaft im arbeits- und werksgemeinschaftlichen Sinne sich von einem Glied der Ausbeuterklasse übers Ohr hauen lassen wird.**

Der Fall Aga zusammen mit dem siegreichen „roten Freitag" in England kann und muß der deutschen Arbeiterklasse außerordentlich wichtige, theoretische und praktische Lehren erteilen, die ihr helfen könne, ihr organisierte Kraft zu sammeln und zu steigern. Der Gewerkschaftskongreß steht bevor, das Problem der sogenannten Wirtschaftsdemokratie wird auf ihm eine große Rolle spielen, da die reformistischen Häupter es wollen. Der Fall Aga als Einzelfall dieser Parole gegenüber — gleichsam in der Retorte des Laboratoriums — das Problem der **proletarischen Produktionskontrolle** im nationalen Maßstab, **der Kontrolle über den Produktionsapparat** dieses Landes, in leibhaftiger Größe vor den Arbeitern aufrollen.

Die Dresdner Bauarbeiter gegen den Schiedsspruch

Am Sonnabend haben die Dresdner Bauarbeiter, wie uns mitgeteilt wird, mit überwältigender Mehrheit in einer außerordentlich stark besuchten Versammlung den vom Reichsarbeitsministerium gefällten Schiedsspruch abgelehnt. Die Versammlung der Bauarbeiter, über die wir noch näher berichten werden, war von einem außerordentlich guten Kampfgeist beseelt. Ebenso wie die Dresdner Bauarbeiter den Schiedsspruch ablehnten, kommt heute die Meldung aus allen Teilen des Reiches, daß die im Streik stehenden Bauarbeiter den Schiedsspruch als eine glatte Verhöhnung ihrer berechtigten Forderungen abgelehnt haben. Der Baugewerksbund und der Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter in Chemnitz und die Zimmerer in Berlin haben einstimmig die Fortführung des Streiks beschlossen.

Der Kampf geht also weiter.

Der Schiedsspruch bringt für die Dresdner Bauarbeiter nicht nur **keine Aufbesserung ihres Lohnes,** sondern bedeutet für sie eine erhebliche Verschlechterung der bisherigen Löhne. Es sei hier festgestellt, daß von denjenigen Unternehmungen, die bisher am Streik und der Aussperrung nicht beteiligt waren, Löhne gezahlt worden sind, die um 20 bis 30 Pf. für die Maurer und für die Hilfsarbeiter über den durch Schiedsspruch festgelegten Lohn hinausragen. Soweit uns bekannt ist, haben die Spitzen der Bauarbeiterorganisationen beschlossen, ihren Mitgliedern zu empfehlen, **diesen Schiedsspruch** abzulehnen. Das ist in den bisher stattgefundenen Versammlungen auch erfolgt. Wie wir erfahren, werden **heute morgen die Zimmerer von Groß-Dresden ebenfalls zu diesem Schiedsspruch Stellung nehmen. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß, nachdem die Bauarbeiter in einer glänzend verlaufenen, von Kampfstimmung getragenen Versammlung diesen Schiedsspruch abgelehnt haben, sich die Zimmerer ebenfalls für die Fortführung des Streiks aussprechen werden.**

Bezeichnend für das ganze Schlichtungswesen und für den vorliegenden Schiedsspruch für das Baugewerbe sind die Verhandlungen vor dem Schiedsgericht. Der Kammergerichtsrat Hanschmann als Vorsitzender hatte scheinbar schon vor Beginn der Verhandlungen den Schiedsspruch in der Tasche. Anstatt einen Bezirk nach dem anderen zu behandeln, wurde alles durcheinander gequatscht. Richtunggebend für den Bauarbeiterlohn **waren nicht die Lage des Baugewerbes, sondern die Industriearbeiterlöhne in den einzelnen Bezirken. Die Schwerindustrie hatte extra zur Wahrung ihrer Interessen einen Vertreter des Siemenskonzerns in das Schiedsgericht entsandt.** Hanschmann war so uninteressiert an dem Gerede der Gewerkschaftsvertreter, daß er am Donnerstag abends um 9 Uhr die ganze Gesellschaft unter sich ließ, und anstatt die Verhandlung zu leiten, sich ins Kasino des Arbeitsministeriums begab, um ein paar Glas Bier zu genehmigen.

Zwei Tage lang haben die Vertreter der Bauarbeiter der verschiedensten Bezirke **die Notlage der Bauarbeiter geschildert.** In wenigen Stunden wurde am Freitag vormittag nach **dem Befehl der Schwerindustriellen der von uns bereits veröffentlichte Schiedsspruch gefällt.**

Der Schiedsspruch ist kein Verhandlungsresultat, sondern das Diktat der Schwerindustriellen.

Die Löhne der Bauarbeiter sollen niedrig gehalten werden, **damit die Schwerindustrie die Löhne der Gesamtarbeiterschaft weiterhin unter das Existenzminimum drücken kann.** Es zeigt sich immer deutlicher, daß der Kampf der Bauarbeiter ein Kampf der Gesamtarbeiterschaft ist. Von dem Ergebnis des Bauarbeiterkampfes, **vom Siege der Bauarbeiter oder von ihrer Niederlage werden die Lohnverhandlungen und die Tarifabschlüsse der übrigen Industriearbeiter in den nächsten Wochen und Monaten stark beeinflußt werden.** Das wird sich zeigen bei den Verhandlungen in der **chemischen Industrie,** die in den nächsten Tagen stattfinden. Das wird seine Auswirkung haben bei den vom Reichsarbeitsministerium veranlaßten Einigungsverhandlungen in der Textilindustrie. Der Ausgang des Bauarbeiterkampfes wird seine Schatten vorauswerfen auf die Gestaltung der Löhne in der Metallindustrie, in der die Kämpfe um höheren Lohn im Dezember wieder entbrennen. An dem Kampfe der Bauarbeiter muß die übrige Arbeiterschaft den lebhaftesten Anteil nehmen. Arbeiter! Unterstützt die kämpfenden Bauarbeiter! Uebt praktische Solidarität!

Gold statt Brot!

Das Ergebnis der Bundesausschußsitzung im ADGB.

In einer ernsten Situation für die Arbeiterschaft trat der Bundesausschuß des ADGB. diesmal zusammen. Eine von Tag zu Tag steigende Teuerung plündert den Arbeiterhaushalt aus; immer mehr **verstärkt sich der Druck der Unternehmer-Offensive gegen Lohn und Arbeitszeit. Die Bürgerblock-Regierung hat sich nunmehr völlig unverhüllt dem Ausbeuterlager angeschlossen und beginnt bereits offen gegen die freien Gewerkschaften vorzugehen. Das Ergebnis der mehrtägigen Beratung über die Aufgaben, die diese Situation stellt, ist niedergelegt in einem kurzen Bericht und einer kurzen Resolution des Bundesausschusses, die der „Vorwärts" veröffentlicht. Nach sieben Jahren Revolution kommen in diesen Auslassungen die Führer des ADGB., zu der Erkenntnis, daß die Unternehmer nicht die Interessen des „Volkes" oder gar der Arbeiter wahrnehmen, sondern ihre eigenen. Wahrlich eine späte Einsicht. Eine ebenso verspätete Erkenntnis, wie die Wahrnehmungen, daß „der Reichskanzler Dr. Luther und die jetzige Regierung das gewinnsüchtige und eigennützige Machtstreben des Unternehmertums begünstige". Die Protest-Resolutionen der Gewerkschaften seien nicht beachtet worden (haben die ADGB.-Führer vielleicht etwas anders erwartet?), und die „amtlichen Schlichtungsstellen berücksichtigen vielfach die Unternehmerwünsche in der einseitigsten Weise".**

In dem Bericht wird erklärt, daß es doch zwecklos sei, „durch fruchtlose Verhandlungen über Preisherabsetzungen" die soziale Lage der Arbeiter zu bessern und daß dieser Kampf in Zukunft nur durchgeführt werden müsse, „durch eine durchgreifende Lohnpolitik". **Wir haben von den Gewerkschaftsleitungen auch schon andere Töne gehört. 1924** in der Umstellungszeit von der Inflation auf die stabile Währung als ein Kampf gegen die Teuerung infolge der Umstellung nur zu führen war durch Lohnerhöhungen. Damals bauten die Gewerkschaften dicke Theorien über eine „Aktion für Preisherabsetzungen zusammen. Heute ist die Lage ganz anders. Der Kampf gegen die Teuerung ist gleichbedeutend mit einem Kampf gegen den Zoll- und Steuerwucher der Bürgerblock-Regierung. Dieser Kampf kann aber nur geführt werden mit der Einsetzung der ganzen politischen und sozialen Macht der Gewerkschaftsbewegung. Von einer solchen Aktion gegen die Teuerung haben wir aber vom ADGB. noch nichts gehört. Im Gegenteil: Nachdem nunmehr unter Vergewaltigung der Verfassung die Zollvorlagen von den Bürgerblock-Parteien angenommen sind, erklärt die SPD., daß nunmehr der Kampf gegen den Zollwucher vorläufig beendet sei und man zunächst zwei Jahre warten müsse.

Nun gut, die ADGB.-Führer wollen also die Teuerung nicht durch Preisabbauaktionen, durch außerparlamentarische Aktionen gegen den Zoll- und Steuerwucher, sondern durch eine Erhöhung der Löhne ausgleichen. Der Vorwärtsbericht spricht von einer „mit Nachdruck durchgeführten Fortsetzung des Kampfes um die Goldlohnhöhe". Und hier zeigt sich schon, welches die wahren Absichten der Gewerkschaftsleitungen sind. In der Inflation, als die Preise für Gold und Waren infolge der Geldentwertung von Tag zu Tag in die Höhe schnellten, lehnten die Gewerkschaftsführer einen Kampf um Goldlöhne ab, der allein die Folgen der Inflation von der Arbeiterschaft hätte abwenden können. Heute ist aber die Lage ganz anders. Die deutsche Währung beruht auf Goldgrundlage und der Goldpreis ist stabil. Nicht stabil, aber von Tag zu Tag steigend sind die Preise der Lebensmittel, der Miete, der Kleider usw. Wenn die Gewerkschaften sich also auf eine Stabilisierung des Goldlohnes festlegen würden und sie erkämpften, so wäre damit nicht den Arbeitern gedient, sondern dem Unternehmertum. Die ausgezahlten Löhne würden zwar zahlenmäßig die gleichen bleiben, aber die Menge der Lebensmittel usw., die der Arbeiter dafür kaufen kann (der Reallohn) würde von Woche zu Woche sinken.

Gerade das ist es ja, was das Ausbeutertum beabsichtigt. Nicht durch eine scharfe Senkung der ausgezahlten Löhne, die doch nur in scharfen Kämpfen möglich wäre, sondern durch eine Verteuerung des Lebensbedarfes den Anteil der breiten Volksmassen am gesellschaftlichen Gesamtprodukt zu kürzen. Diesem großen gefährlichen Unternehmen, mit dem die deutsche Reaktion das werktätige Volk bedroht, dienen ja die ganzen Maßnahmen, die letzthin im Reichstag durchgepeitscht wurden, mag es sich nun um die Zollvorlage handeln, um die Steuern oder um andere Wuchergeschäfte. Der ADGB. sucht einer klaren Aufrollung des Problems aus dem Wege zu gehen und